

An den
Landtag Nordrhein-Westfalen
Petitionsausschuss
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

05. März 2020

Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte als Erinnerungs- und Lernort im ehemaligen Polizeigefängnis Herne

Ich bitte den Landtag Nordrhein-Westfalen um Unterstützung der Initiative zur Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte im ehemaligen Polizeigewahrsam der Polizeiinspektion Herne.

Seit Anfang des vergangenen Jahres engagieren sich Bürger*innen der Stadt Herne für die Errichtung einer solchen Gedenkstätte als Erinnerungs- und Lernort. Dieser Ort in der Mitte unserer Stadt, an dem in der NS-Zeit willkürliche Inhaftierung, Folterung und Tötung geschahen, soll zu einer Stätte werden, die zum Nachdenken anregt und entdeckendes Lernen über Ursachen und Folgen rassistischer, menschenfeindlicher und völkisch-nationalistischer Politik ermöglicht.

An keiner anderen Stelle in unserer Stadt manifestierten sich Herrschaft und Gewalt der nationalsozialistischen Diktatur so konkret wie an dem 1929 eingeweihten Polizeigebäude am Rathausplatz. Hier wird deutlich, dass die Verbrechen in der NS-Zeit nicht nur an fernen Orten wie Auschwitz, Majdanek oder Treblinka geschahen, sondern auch vor Ort. Die NSDAP-Kreisleitung richtete hier von 1933 bis 1940 ihre Büroräume ein. Das Polizeigefängnis, der im Innenhof gelegene Trakt, wurde zugleich zu einem Ort der brutalen Machtausübung: Politische Gegner, engagierte Kirchenleute, Bibelforscher, jüdische Bürger*innen, Sinti und Roma sowie Zwangsarbeiter*innen wurden hier inhaftiert und misshandelt.

Da die Möglichkeiten der persönlichen Bezugnahme auf die NS-Zeit in Herne im Gespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen immer seltener werden, gewinnt die räumliche Bezugnahme in lokalen Erinnerungsorten an Bedeutung. Als authentischer Ort bietet das ehemalige Herner Polizeigefängnis unverzichtbare Chancen zur lokalen Spurensuche nach der Geschichte der NS-Zeit:

- zur Erinnerung an die Verfolgten und Opfer des Nationalsozialismus,
- zur Erinnerung an die Täter und Täterinnen in der Polizei, der Justiz und der kommunalen Verwaltung sowie ihre Mitläufer*innen im lokalen Bereich, die durch ihr Handeln erst die Umsetzung der verbrecherischen Ziele der NSDAP ermöglichten,
- zur Erinnerung aber auch an die Menschen im Widerstand vor Ort.

Dieses Erinnern soll als aktiver Denkprozess gestaltet werden. Eine entsprechend angeregte Auseinandersetzung mit den konkreten historischen Geschehnissen an diesem Ort und im Stadtgebiet soll zur Entwicklung von Kompetenzen beitragen, sich kritisch zu aktuellen Formen der Ausgrenzung von Menschen, des Rassismus, des Antisemitismus und des völkisch-nationalistischen Denkens verhalten zu können. Dazu sollen u.a. Bildungsangebote im Rahmen dieses Erinnerungsortes durchgeführt werden, die insbesondere bei jungen Menschen zur Entwicklung und Festigung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen beitragen und ein solidarisches Miteinander in unserer Gesellschaft unterstützen.

In Zeiten, in denen neonazistische Umtriebe auch in unserer Stadt zunehmen (so bspw. durch wiederholte Schändungen des Shoah-Mahnmals im Stadtzentrum oder durch provokative Umzüge rechtsradikaler, bürgerwehrorientierter Gruppen), Hass auf Minderheiten geschürt und in entsetzlichen Verbrechen umgesetzt werden und rechtsextreme Politiker in Parlamenten sitzen, bedarf diese Initiative einer breiten

Unterstützung. Nachfahren verfolgter Herner Bürger*innen, Lehrkräfte Herner Schulen, Vertreter örtlicher Organisationen (Gewerkschaften, SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Evangelischer Kirchenkreis, Dekanat Emschertal der katholischen Gemeinden, Zeugen Jehovas Herne, Islamische Gemeinde Herne-Röhlinghausen, lokale Geschichtsgruppen) und weitere engagierte Bürger*innen fanden sich zur Förderung des Vorhabens zusammen. Zur Sicherung der Rahmenbedingungen für die weiteren Schritte in Kooperation mit der Stadt Herne und der Polizei wurde im Mai des vergangenen Jahres der gemeinnützige Verein „Förderkreis Mahn- und Gedenkstätte Polizeigefängnis Herne e.V.“ gegründet.

Das aktuelle Projekt des Förderkreises, bereits vor einer möglichen Umwidmung des alten Polizeigewahrsams eine temporäre Ausstellung zu Verfolgung und Widerstand in Herne in einem überwiegend im Originalzustand befindlichen Zellentrakt auf einer Etage des Gebäudes durchzuführen, für die schon finanzielle Zuwendungen („Heimatscheck“) des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen gewährt wurden, ist leider durch Einwände des Gebäudeeigentümers, der BLB NRW, gefährdet. Diese mit einer Desinvestitionsstrategie begründeten Einwände bezüglich Verkehrssicherung, Brandschutz und Zugänglichkeit können nach Auffassung des Förderkreises sowohl für die zeitlich eingeschränkte Nutzung für die geplante Ausstellung als auch für die perspektive Errichtung einer lokalen Mahn- und Gedenkstätte in diesem Polizeigefängnis in vertretbarem Rahmen behoben werden.

Wie wichtig die Potenziale von Erinnerungsorten aus der Zeit des Nationalsozialismus für die historisch-politische Bildung im Sinne der Demokratieförderung sind, verdeutlicht nicht zuletzt die Erhebung des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten und –Erinnerungsorte in NRW, nach der diese Gedenkstätten im Jahr 2019 so viele Besucher*innen wie noch nie zuvor empfangen hatten.

Ich hoffe, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen unsere Initiative zur Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Dymel

Vorsitzender des Förderkreises Mahn- und Gedenkstätte Polizeigefängnis Herne e.V.